Eigentlich müsste die Überschrift heißen: Über die Vorherrschaft von Einzelinteressen und ihrer Fähigkeit zur Manipulation, dargestellt am Beispiel der sinnloserweise wiederholten Altersvorsorgedebatte. – Anstoß für diesen Beitrag ist ein Text von Reiner Heyse. Er berichtet hier Schlechte Nachrichten für die Freunde der Aktienrente. – RentenZukunft (renten-zukunft.de) anhand von fünf Belegen über die mangelnde Seriosität der sogenannten „Aktienrente“. Dieses Altersvorsorgeprodukt ist die von der amtierenden Koalition propagierte neueste Erfindung in einer langen Debatte um das passende Altersvorsorgeinstrument. In einem historischen Rückblick wird im Folgenden gezeigt, wie wenig rational und stattdessen getrieben von Interessen und begleitet von Manipulationen die gesellschaftspolitische Debatte um die Altersvorsorge in den letzten Jahrzehnten verlaufen ist. Dieser wichtige Teil der Sozial- und Gesellschaftspolitik ist ein Musterbeispiel für die fundamentalen Mängel unserer so oft gepriesenen Demokratie. **Albrecht Müller**.

Es begann in den siebziger Jahren des letzten Jahrhunderts mit einer Debatte um das „sterbende“ Volk, wie es damals mit Blick auf den demographischen Wandel hieß. Diese abstruse und nie begründete Behauptung war das Vorspiel für eine 1997 im Vorfeld des Bundestagswahlkampfes 1998 gestartete Anzeigenkampagne der Finanzwirtschaft. Mit Hinweis auf den sogenannten demographischen Wandel wurden Überlegungen zur Privatvorsorge und zur staatlichen Förderung der Privatvorsorge ins Spiel gebracht. Damals war es übrigens noch möglich, über die mangelnde Begründung für die staatlich geförderte private Altersvorsorge im öffentlich-rechtlichen Rundfunk zu informieren. Ich tat das Anfang November 1999 mit einem Beitrag in der Reihe Kritisches Tagebuch des Westdeutschen Rundfunk. Weil dieser Hörfunkbeitrag von 1999 (!) das Kernproblem der Debatte und der neuen Versuche zur Erweiterung der Privatvorsorge mit der sogenannten Aktienrente gut beschreibt, gebe ich den gesamten Text hier wieder und empfehle die Lektüre:

Beitrag für das Kritische Tagebuch des WDR vom Anfang November 1999 von Albrecht Müller:

Glaubenssätze auf dem Prüfstand - Der Generationenvertrag trägt nicht mehr. Deshalb müssen wir die bisherige Rentenversicherung um die private Altersvorsorge ergänzen.

Angenommen, Sie hätten einen Umsatz von 100 Milliarden Mark und einen Konkurrenten, der 400 Milliarden Mark umsetzt. Und nun hätten Sie die Chance, mit einer Mischung aus Eigenwerbung und Verbreitung des Gerüchtes, der Konkurrent sei ein Auslaufmodell, die Umsatzzuwächse des Konkurrenten und dann auch von seiner Substanz Milliarden auf sich umzulenken; vielleicht für's erste gute 10% seines Umsatzes. So könnten Sie auf Anhieb Ihren Umsatz um 40 Milliarden, also um mehr als ein Drittel aufstocken. – Das wäre doch was... Bei einem erwarteten Umsatzplus von 40 Milliarden wären einige 10 Millionen für Zeitungsanzeigen und eine groß angelegte PR-Arbeit unter Wissenschaftlern, Politikern und Journalisten eine lächerlich kleine Investition, um das Gerücht über den Konkurrenten als Auslaufmodell am Leben zu halten. Peanuts sozusagen.

Dieses Märchen ist Wirklichkeit. Nicht für Sie und nicht für mich. Aber für die Lebensversicherungsbranche und die Banken.
Eine Kostprobe aus der laufenden Werbearbeit. Zitat aus einem Brief des Vorstandmitglieds der Dresdner Bank, Dr. jur. Joachim von Harbou, veröffentlicht per Zeitungsanzeige am 22. Oktober:

Sprecher:
„Sehr geehrte Damen und Herren,
angesichts des demographischen Wandels – immer mehr älter werdende Menschen stehen immer weniger jungen Bürgern gegenüber – machen sich viele Sparer Gedanken über ihre finanzielle Sicherheit im Alter. Es zeichnet sich ab, dass die staatliche Rentenversicherung den Versicherten in Zukunft nicht mehr das gewohnte Leistungsniveau bieten kann. Deshalb wächst der privaten Altersvorsorge eine immer größere Bedeutung zu"

Und weil das so sei, wirbt Herr von Harbou für

Sprecher:
„..ertragsstarke Anlageformen wie beispielsweise Wertpapierfonds"

„Ihre deutschen Lebensversicherungen" werben schon seit dem letzten Bundestags-Wahlkampf nahezu ununterbrochen in teuren Anzeigen für die private Vorsorge durch Abschluss einer Lebensversicherung:

Sprecher:
„Was bei der gesetzlichen Rente später für Sie rausspringt, kann Ihnen keiner sagen"
„Eine Lebensversicherung hält, was sie verspricht. Ein Leben lang".

Die Banken und die Lebensversicherer schwimmen mit ihrer Kampagne zur Störung des Vertrauens in die klassische Rentenversicherung wie der Fisch im großen Strom von Wissenschaftlern und Politikern, von Talkshows, Zeitungen und Zeitschriften. Der SPIEGEL – bei diesem Thema schon seit langem an vorderer Front – forcierte die Kampagne am 30. August mit einer eigenen Titelgeschichte:

Sprecher:
„Weil Deutschland vergreist, wird die Rentenversicherung unbezahlbar,...."

An einer Reform der sozialen Sicherungssysteme mit mehr Eigenvorsorge und weniger staatlicher Fürsorge führe kein Weg vorbei.
Anfang Oktober fasste der SPIEGEL die Kernbotschaft so zusammen :

Sprecher:
*„Letztlich geht es in der neu entfachten Debatte um eine Grundsatzfrage. Alle Parteien haben erkannt, dass die staatliche Rente allein künftig nicht mehr ausreichen wird. Das Umlageverfahren, das die Beiträge der aktiven Arbeitnehmer direkt an die derzeitige Rentnergeneration weiterreicht, bedarf der Ergänzung durch eine kapitalgedeckte Altersvorsorge, es soll also privat Geld zurückgelegt werden".**

Das klingt schlüssig und logisch. Aber logisch ist die Behauptung, unser demographisches Problem sei dadurch zu lösen, dass die Gesetzliche Rentenversicherung durch ein privates Bein ergänzt wird, allein für die Versicherungswirtschaft, die Banken und die mit ihnen verbundenen Wirtschaftsinteressen. Sie gewinnen, wenn die Soziale Alterssicherung in Richtung Grundsicherung gedrückt wird und alles Zusätzliche in private Altersvorsorge gelenkt wird – in Versicherungen, in Wertpapierfonds oder was auch immer.

Weder für uns Bürger noch für die Politiker ist die Behauptung schlüssig, der Generationenvertrag der Rentenversicherung trage angesichts der demographischen Veränderungen nicht mehr und das Problem sei nur mit Hilfe privater Vorsorge lösbar. Sie klingt nur so.

Es ist nicht zu bestreiten, dass in absehbarer Zeit auf einen arbeitsfähigen Erwachsenen zunehmend mehr Menschen im Rentenalter kommen.
Aber wegen dieses demographischen Problems müsste unsere Gesellschaft nicht die Leistungsfähigkeit des bisherigen Systems der Rentenversicherung in Zweifel ziehen und durch ein staatlich verordnetes privates Bein ergänzt werden.
Erstens ist die bisherige Soziale Alterssicherung mit dem Umlageverfahren als Kernstück eine hochmoderne soziale Erfindung, eine außerordentlich leistungsfähige und kostengünstige Sozialtechnik. Es werden, vereinfacht gesagt, von den Arbeitenden Beiträge erhoben und direkt an die Rentner ausgezahlt. Für jeden Arbeitenden wird eine Art Konto geführt. Er oder sie erwirbt mit dem Beitrag einen Anspruch gegenüber dem Staat, den dieser im Kern nicht antasten kann, weil die Eigentumsgarantie der Verfassung den Rentenanspruch schützt. Der besteht gegen die nächste erwerbstätige Generation, den heutigen Beitragszahlern später eine Rente zu zahlen. Deshalb ist die Gesetzliche Rentenversicherung auch eine sichere Altersvorsorge. -Die Bundesversicherungsanstalt und die Landesversicherungsanstalten verwalten die Gelder und Ansprüche, man braucht keine große Vermögensverwaltung. Entsprechend niedrig sind die Verwaltungskosten. Sie lagen 1996 bei 1,8 % des Umsatzes. Die Verwaltungskosten der privaten Lebensversicherungen liegen hingegen bei 4,5% plus den Provisionen der Versicherungagenturen, also um mehr als das Dreifache höher.

Zweitens spricht für das bisherige System, dass die Ergänzung durch ein private Vorsorge am Problem der demographischen Entwicklung überhaupt nichts ändert. Die Belastung der im Jahre 2020, 2030 oder 2040 arbeitenden Generation wird durch Änderung des Finanzierungssystems vom sogenannten Umlageverfahren in ein System der Kapitalansammlung nicht vermindert.
Anderes anzunehmen, wäre ein Fehlschluss. Das kann man mit Hilfe eines Tricks erkennen, mit dem Laien auch sonst gelegentlich volkswirtschaftliche Probleme besser durchschauen können. Man muss sich dafür volkswirtschaftliche Zusammenhänge in realen Kategorien vorstellen. In der Nationalökonomie sagt man: To understand better, think in real terms. Konkret: Heute versorgen 100 Arbeitenden 37* Rentner mit Gütern und Dienstleistungen. Im Jahre 2040 müssen 100 Arbeitende voraussichtlich für 68 Rentner aufkommen. Wenn wir in der Zwischenzeit das bisher übliche Umlageverfahren der Rentenfinanzierung durch ein privates Kapitaldeckungsverfahren der Lebensversicherungskonzerne ablösen oder ergänzen, ändert sich an der Tatsache nichts, dass 100 Arbeitende für 68 Rentner mitzusorgen haben.
Die propagierte Änderung des Finanzierungssystems ändert übrigens auch nichts an der speziellen Last der jungen Generation zwischen 20 und 40 Jahren. Sie vor allem wird a gegen das soziale

Rentenversicherungssystem in Front gebracht. Ihretwegen hält man die Beiträge unter 20 % fest, angeblich weil mehr nicht zu vermitteln sei. Gleichzeitig sollen sie aber bis zu 2,5% ihres Einkommens – später auch mehr – für ihr Alter obligatorisch privat anlegen. Offenbar spekulieren die Entscheider darauf, dass die Jüngeren unfähig sind, 20 und 2,5 zusammenzuzählen. Nach Lage der Dinge muss man darauf gefasst sein, dass die Spekulation aufgeht.
Die Jüngeren, die gegenwärtig zusätzlich zur Altersvorsorge so eifrig Lebensversicherungen, haben offenbar auch nicht begriffen, dass sie dadurch nicht aus der Verpflichtung des Generationenvertrages entlassen werden; sie werden weiterhin Beiträge oder Steuern für die Versorgung der Rentnergeneration zu zahlen haben

Wie könnte man dennoch die arbeitende Generation von der steigenden Alterlast entlasten? Wieder in real terms gedacht:

Sprecher:

- *Erstens indem man künftig von den 5, 6, oder 7 Millionen Arbeitsfähigen, die heute ohne Arbeit sind, mehr in Arbeit bringt. Auch wenn das nicht leicht ist, es wäre ein Entlastung. Mehr Schultern schultern mehr.*
- *Zweitens, indem man die Ansprüche der Rentner, also das, was für sie vom Sozialprodukt abgezweigt wird, geringer als vorgesehen wachsen läßt. Das ist das, was die jetzige Regierung mit der Anpassung nach Inflationsausgleich plant oder die Regierung Kohl mit dem Absenken auf 64 % *Rente geplant hatte.*
- *Drittens kann man die arbeitende Generation entlasten, in dem man alles tut, um die volkswirtschaftliche Produktivität zu steigern. Wenn so die Gesamtleistung der Arbeitenden – das Sozialprodukt – kräftig steigt, dann tut es nicht weh, wenn ein fairer Teil für die wachsende Zahl der Rentner abgezweigt wird. Es bleibt immer noch ein Wohlstandzuwachs für die Arbeitenden.*
- *Viertens kann man die Alterslast der hier Arbeitenden mildern, in dem man vom Ausland Güter und Dienste einführt, ohne sie gleich zu bezahlen, sich also beim Ausland verschuldet.*
- *Fünftens kann man die Last für die Arbeitenden verringern, in dem man die Alten später in Rente gehen läßt.*

Über alle diese Entlastungsmöglichkeiten kann man sprechen. Man sollte dies auch tun, wenn sich die junge Generation übervorteilt fühlt. Aber man sollte aufhören, das bisherige System grundlos madig zu machen. – Es könnte sein, daß dies den Versicherungskonzernen und Banken mit ihrer massiven Werbe- und PR-Kampagne dennoch gelingt. Damit wäre eine der großen Erfindungen der deutschen Sozialgeschichte ruiniert.

Soweit der Beitrag von 1999.

Anfang des neuen Jahrhunderts wurde dann trotz der klaren Sachlage, dass man mit einer Veränderung und/oder Ergänzung des Finanzierungssystems der Altersvorsorge an der zahlenmäßigen Relation von arbeitsfähiger Generation zum einen und den zu versorgenden Menschen in der Rentnergeneration und unter den Kindern und Jugendlichen zum anderen nichts ändern kann, die ergänzende Privatvorsorge propagiert und dann mit der Riester-Rente, der Rürup-Rente und der staatlich geförderten betrieblichen Altersvorsorge begonnen.

Im Vorlauf dieser von der Regierung Schröder und mit Unterstützung der CDU/CSU-Opposition getroffenen Entscheidungen tagte die sogenannte Rürup-Kommission. In dieser waren auch Wissenschaftler versammelt, die man getrost als Lobbyisten bezeichnen kann, zum Beispiel Bert Rürup, Bernd Raffelhüschen und Axel Börsch-Supan. (Zur Rolle und Verantwortung von Wissenschaftlern in der Rentendiskussion siehe auch einen Beitrag der NachDenkSeiten vom 23. August 2016: Wenn es hierzulande anständig zuginge, dann würden Professoren, die wie Rürup, Raffelhüschen, Börsch-Supan, etc. wissentlich falsch beraten haben, auf Schadenersatz verklagt.)

Zum 1. Januar 2002 wurde dann die sogenannte Riester-Rente eingeführt. Sie sah im Kern vor, dass Arbeitnehmer zusätzlich zu ihren Beiträgen für die Gesetzliche Rente auch noch Prämien für Privatvorsorgemodelle leisten können, für die sie dann Zulagen und/oder Steuergeschenke des Fiskus erhalten.

Wie vorhergesagt erwiesen sich die drei Produkte als teure Flops. Sie kosteten viel Geld des Steuerzahlers/der Steuerzahler und sie verbesserten die Altersvorsorge der Mehrheit der Menschen nicht spürbar.

Nach einer gewissen Pause geht jetzt das Spiel von vorne los. Jetzt soll die sogenannte Aktienrente die Altersvorsorge der Mehrheit der Menschen verbessern.

Ausgangspunkt dieser Hoffnung ist eher eine Schimäre als eine sachlich begründete Überlegung. Die politisch Verantwortlichen nutzen die angebliche Gewissheit, dass die Kurse der Aktien insgesamt und nachhaltig steigen, und sie verknüpfen damit die Hoffnung, ein damit verbundenes Altersvorsorgeprodukt würde in ähnlicher Weise von Gewinnen an den Aktienmärkten profitieren.

In dieser Situation ist es an der Zeit, sich grundlegende Gedanken zu machen und auf eine von einem Nationalökonomen im Jahre 1952 formulierte Grunderkenntnis zurückzukommen,

auf das sogenannte Mackenroth-Theorem. Das besagt dem Sinne nach, dass die Versorgung der noch nicht oder nicht mehr arbeitenden Menschen immer und in jeder Situation von den arbeitenden Menschen dieser Volkswirtschaft erarbeitet werden muss. Hier zitiert nach:

> **Das "Mackenroth-Theorem"**
>
> Nun gilt der einfache und klare Satz, dass aller Sozialaufwand immer aus dem Volkseinkommen der laufenden Periode gedeckt werden muss.
>
> Es gibt keine andere Quelle und hat nie eine andere Quelle gegeben, aus der Sozialaufwand fließen könnte, es gibt keine Ansammlung von Fonds, keine Übertragung von Einkommensteilen von Periode zu Periode, kein "Sparen" im privatwirtschaftlichen Sinne.
>
> *Quelle: Mackenroth 1952, Zit. nach Lampert, Althammer (2004), S. 242.*

Realökonomisch betrachtet gibt es keine Möglichkeit, die Vorsorge für die alten und nicht mehr arbeitenden Menschen und für die Kindergeneration aus anderen Quellen zu speisen. Auch die Annahme, für die eigene Gesellschaft und Volkswirtschaft andere Volkswirtschaften und Gesellschaften, also das Ausland, in Anspruch zu nehmen und dies auf Dauer zu tun, ist unrealistisch.

Entscheidende Faktoren für die Höhe des zur Verfügung stehenden Produkts sind die Produktivität, die Erwerbsquote und die Arbeitslosenquote. Man kann also die Altersvorsorge insgesamt nur dadurch verbessern, dass man die Arbeitslosigkeit bekämpft, dass man Menschen, die arbeiten wollen, aber keine Arbeit haben, diese Chance vermittelt, und dass produktiv gewirtschaftet wird und die Produktivität verbessert wird.

Mit der Veränderung des Altersvorsorgesystems, also mit einer Riester-Rente oder mit einer Aktienrente/mit einer Verknüpfung der Altersvorsorge mit den Aktienkursen wird man die Versorgung der Gesellschaft insgesamt nicht verbessern können.

Im Gegenteil: In der Regel verbrauchen neue Altersvorsorgesysteme Ressourcen für die Organisation und oft auch für die Werbung für die Produkte. Das war schon das Manko der Riester-Rente und der Rürup-Rente. Sie bedurften der Organisation durch Banken und Versicherungen. Teile der Prämieneinnahmen wurden für zusätzliches Personal und für Werbung ausgegeben.

Die gesetzliche Altersvorsorge arbeitet im Vergleich dazu um vieles produktiver, mit einem Anteil für die Verwaltungskosten von in der Regel unter einem Prozent. Für die Riester-Rente sind oft mehr als 10 Prozent der eingezogenen Prämien verwendet worden, „draufgegangen".

Aufgrund dieser Erfahrungen steht angesichts der geplanten Aktienrente die Frage im Raum: Ist die Politik, sind Staat und Gesellschaft nicht lernfähig? Werden neue Konzepte ausgedacht und eingeführt, ohne auf zeitlich naheliegende Erfahrungen zurückzugreifen? Offenbar ist die gesellschaftspolitische Debatte so flach und so orientierungslos und so von Propaganda der Interessenten und der Lobby geprägt, dass absehbare Flops wie die Aktienrente neu ausgedacht und unters Volk gebracht werden können, ohne dass die gesamte Gesellschaft in lautes Gelächter ausbricht. Abstruse Zeiten. Abstruse Zeiten mit der Neigung zur Wiederholung.

Leserbriefe zu diesem Beitrag finden Sie hier.